

# **AUFSTIEGSLAND**

Forderungskatalog der  
Jungen Union Deutschlands

# Aufstiegsland Schwarz-Rot-Gold ↗

## Beschlussvorlage für den Deutschlandrat der Jungen Union Deutschlands vom 19. bis 20. Juni 2021

1 „Unseren Kindern soll es einmal besser gehen als uns heute.“ Das ist das deutsche  
2 Aufstiegsversprechen. In ihm zeigen sich unsere Werte von Einigkeit und Recht und Freiheit.  
3 Doch das Versprechen steht heute mehr denn je auf dem Prüfstand. Auch neueste Studien  
4 zur sozialen Mobilität zeigen, dass nur wenige Kinder den Aufstieg schaffen. Zu lange haben  
5 wir uns als Land mit der Sicherung des Status quo zufriedengegeben. Während andere  
6 Nationen an uns vorbeiziehen, hat Deutschland notwendige Reformen vermissen lassen.  
7 Diese Schwachstellen zeigen sich in der Corona-Pandemie noch einmal deutlicher denn je  
8 und führen uns vor Augen, dass das Aufstiegsversprechen eben nicht mehr  
9 selbstverständlich ist.

10 Wir wollen das deutsche Aufstiegsversprechen erneuern. Schwarz-Rot-Gold werden wir  
11 wieder zum Aufstiegsland für alle machen. Dies gelingt nur, wenn wir die Ärmel  
12 hochkrepeln, unsere Ideen und Träume auspacken und tatkräftig anpacken. Dafür wollen  
13 wir Aufstieg durch beste Bildung, Steuererleichterungen für kleine und mittleren  
14 Einkommen, Innovationen für neue Geschäftsmodelle und eine schlankere, schnellere und  
15 digitale Verwaltung schaffen. Diesen Aufstieg wollen wir in einer lebenswerten Gesellschaft  
16 schaffen. Deshalb setzen wir auf Umwelt- und Klimaschutz, starke Impulse für Familien und  
17 Kinder sowie ein klares Bekenntnis zu einem starken Deutschland in Europa. Denn nur eine  
18 Gesellschaft, die zusammenhält und in der sich alle mitgenommen fühlen, kann das  
19 Aufstiegsversprechen unserer Generation wahr machen.

20 Wir können das Aufstiegsversprechen für unsere Generation erneuern – mit Mut,  
21 Optimismus, Freiheit, Eigenverantwortung und Gemeinsinn. Unsere 26 Punkte sollen dazu  
22 Impulse für das Regierungsprogramm von CDU und CSU für die vor uns liegende  
23 Legislaturperiode setzen:

### 24 Aufstieg durch neue Bildungschancen

#### 25 **1. Eine Schulcloud für Deutschland**

26 Gute Bildung ist der Schlüssel zum Aufstieg eines jeden Einzelnen. Im 21.  
27 Jahrhundert liegt dieser Schlüssel in der digitalen Bildung. In unserer vernetzten  
28 Welt konkurrieren wir mit den USA und China. 16 verschiedene Lösungen für digitale  
29 Schulplattformen sind nicht mehr vermittelbar.

30 Wir fordern eine bundesweit einheitliche digitale Lernplattform für alle Schulen,  
31 finanziert aus dem DigitalPakt Schule und eine Weiterbildungspflicht für Lehrkräfte,  
32 um diese für das digitale Lehren fit zu machen. Im Rahmen des DigitalPakts soll an  
33 jeder Schule ein Digitalhausmeister den Betrieb der Hard- und Software

34 sicherstellen. Die Hardware und die Prozesse sollen mittels einer gemeinsamen  
35 Digitalagentur der Länder beschafft und aufgesetzt werden.  
36 Denn wir sind überzeugt, dass der Wettkampf um das beste Bildungssystem im  
37 Föderalismus nur gelingt, wenn überall ähnliche digitale Rahmenbedingungen  
38 geschaffen wurden.

## 39 **2. Boni statt Schulgeld für Ausbildung und Meister**

40 Der Aufstieg durch berufliche Ausbildung darf nicht an finanziellen Hürden  
41 scheitern. Aktuell müssen Auszubildende in vielen Gesundheitsfachberufen  
42 weiterhin mehrere Hundert Euro Schulgeld im Monat bezahlen. Wir fordern, dass  
43 Bund und Länder diese Kosten nach einem bestimmten Schlüssel übernehmen.  
44 Darüber hinaus setzen wir uns für einen Gesellenbonus in Höhe von 2.000 Euro und  
45 einem Meisterbonus in Höhe von 4.000 Euro ein, um das Handwerk zu stärken. Den  
46 Bonus wollen wir auch für abgeschlossene Ausbildungen in Mangelberufen, vor  
47 allem im Sozial- und Gesundheitsbereich, einführen.

## 48 **3. Einheitliche Weiterbildungszertifikate für alle Berufe**

49 In Deutschland muss sich eine Weiterbildungskultur entwickeln. Allerdings fehlt es  
50 an einer strukturierten Weiterbildung, die den Unternehmen aufzeigt, welche  
51 Qualifikation der Arbeitnehmer erworben hat. Wir wollen, dass flächendeckend in  
52 Deutschland in jedem Berufsfeld neue Weiterbildungsabschlüsse und -zertifikate  
53 entwickelt werden. Nur so können Unternehmer Weiterbildungsmaßnahmen  
54 wirklich einschätzen und Arbeitnehmer für erworbene Qualifikationen auch eine  
55 bessere Bezahlung einfordern.

## 56 **Aufstieg durch steuerliche Entlastung**

### 57 **4. Mehr Netto vom Brutto: Steuern runter für die Mittelschicht**

58 Mehr finanzieller Freiraum ist ein zentraler Schlüssel zum Aufstieg. Wir fordern eine  
59 grundlegende Steuerreform zur Entlastung von kleinen und mittleren Einkommen  
60 und dem Abflachen des „Mittelstandsbauchs“. Der Durchschnittssteuersatz soll  
61 dabei für Einkommen bis 57.000 Euro im Jahr deutlich gesenkt werden. Im Gegenzug  
62 wollen wir in der OECD eine Digitalsteuer für international tätige Unternehmen  
63 einführen. Danach werden diese nicht nur am Firmensitz, sondern auch in Ländern,  
64 in denen sie Umsätze erzielen, Steuern zahlen.

### 65 **5. 600-Euro-Jobs für Schüler und Studenten**

66 Wir wollen junge Menschen motivieren, neben der Schule oder dem Studium sich  
67 etwas dazuverdienen. Daher setzen wir uns für die Erhöhung der Einkommensgrenze  
68 von geringfügig entlohnten Beschäftigungen von 450 Euro auf 600 Euro pro Monat  
69 ein. Außerdem soll im 5-Jahres-Zyklus die Notwendigkeit einer Anpassung der  
70 Einkommensgrenze hinsichtlich der allgemeinen Lohnentwicklung überprüft  
71 werden.

72 **6. Keine Abgeltungssteuer für Privatanleger**

73 In Zeiten von Niedrigzinsen wird der Aufbau von Vermögen für Gering- und  
74 Mittelverdiener immer schwieriger. Wollen wir wieder Aufsteiger sein, müssen wir  
75 gerade Kleinanlegern steuerliche Entlastungen bieten. Im Gegensatz zu Immobilien  
76 bieten Aktien und Fonds die Möglichkeit, mit kleinen Beträgen Vermögensaufbau  
77 und private Altersvorsorge zu betreiben. Wir fordern daher die Befreiung der  
78 Abgeltungssteuer bei einer Haltedauer von mindestens 12 Jahren mit einer  
79 Anlagesumme bis zu 100.000 Euro oder bis zu einer Rendite von 10.000 Euro pro  
80 Person.

81 **7. Abschaffung der Grunderwerbsteuer für das erste Eigenheim**

82 Ob Wohnung oder Haus – wer Eigentum bildet, sorgt vor. Wir wollen den Traum vom  
83 Eigenheim als Teil des persönlichen Aufstiegsversprechens ermöglichen. Dazu  
84 fordern wir für Privatpersonen, die Grunderwerbsteuer für die erste selbst genutzte  
85 Immobilie zu erlassen. Zur Gegenfinanzierung wollen wir, die Gesetzeslücke für  
86 „Share Deals“ schließen. Außerdem soll das Sparen für den Erwerb von Eigentum  
87 einfacher werden. Mit unserem Eigenkapitalboost werden Menschen ohne  
88 Wohneigentum jeden Monat bis zu 300 Euro abgabenfrei ansparen können.  
89 Gleichzeitig sollen Arbeitgeber den Betrag als steuerfreie Zulage aufstocken. Der  
90 Bund wird die jährliche Spareinlage um 10 Prozent bezuschussen.

91 **Aufstieg durch neue Innovationen**

92 **8. Online-Gründung in 24 Stunden**

93 Unser Land muss Inkubator für innovative Ideen und die Verwirklichung neuer  
94 Träume sein, deshalb wollen wir den Aufstieg kluger Köpfe und mutiger Gründer in  
95 Deutschland fördern. Deutschland muss daher die Online-Unternehmensgründung  
96 innerhalb von 24 Stunden ermöglichen. Junge Start-ups sollen in den ersten fünf  
97 Jahren für die ersten fünf Mitarbeiter keine Sozialabgaben zahlen. Zudem wollen wir  
98 für die Mitarbeiter von Start-ups endlich attraktive Beteiligungskonzepte möglich  
99 machen. Um Sprunginnovationen in Deutschland zu schaffen, werden wir die  
100 Bundesagentur für Sprunginnovation (SPRIND) mit einem eigenen Gesetz  
101 ausstatten, das auch die Minderheitsbeteiligung im vorwettbewerblichen Stadium  
102 ermöglicht. Damit diese Unternehmen wettbewerbsfähig sind muss der Netzausbau  
103 massiv vorangetrieben wird.

104 **9. Innovationen durch Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft**  
105 Der Aufstieg Deutschlands entsteht durch Innovation und Forschung. Dafür werden  
106 wir gezielt Zukunftstechnologien ansiedeln und fördern, führende Wissenschaftler  
107 zu uns holen und Kooperationen zwischen Hochschulen und Wirtschaft ausbauen.  
108 Wir setzen in Zukunft verstärkt auf Fördertöpfe für Forschung in den Bereichen  
109 klimafreundliche Mobilität, Biotechnologie und künstliche Intelligenz. Wir müssen  
110 weg vom Prinzip der Gießkannenförderung. Dazu braucht es vor allem mehr  
111 Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, sodass wir an jedem  
112 Hochschulstandort ein Technologiezentrum für den Transfer in die Unternehmen  
113 etablieren. Drittmittelstarke Wissenschaftler werden wir mit Vergütungen neben  
114 den bestehenden Tarif- und Besoldungsstufen anwerben, um die besten Köpfe nach  
115 Deutschland zu holen und zu halten. Die mRNA-Technologie und der neue Impfstoff  
116 von BionTech haben uns gezeigt, was Wissenschaft und Wirtschaft gemeinsam  
117 leisten können. Um im Kampf gegen Krebs, Alzheimer und Parkinson weitere  
118 Fortschritte zu erzielen, wollen wir den vereinfachten Zugang zu Forschungsdaten  
119 auch für private Unternehmen.

120 **10. EU-Urheberrechtsreform 2.0**  
121 Der digitale Aufstieg für Innovationen aus der Digitalwirtschaft ist nur mit einem  
122 europäischen Urheberrecht möglich. Wir müssen Hemmnisse für Gründer und  
123 innovative Ideen abbauen, damit Konkurrenz im digitalen Markt auf Augenhöhe  
124 möglich ist. Auf europäischer Ebene werden wir uns daher für eine Neufassung der  
125 EU-Urheberrechtsreform einsetzen, die insbesondere eine Abschaffung des Artikels  
126 17 vorsieht. Unser Ziel: Innovationen aus Europa zu fördern und nicht durch  
127 fehlgeleitete Regulierung zu blockieren. Wir bekennen uns klar in Richtung der  
128 Meme-Kultur und Online-Community. Deshalb fordern auch wir auf nationaler  
129 Ebene die Anerkennung von E-sports im Vereins- und Verbandsrecht.

## 130 **Aufstieg durch einen schnellen und digitalen Staat**

131 **11. Föderalismusreform digital - Gesetze und Strukturen in das digitale Zeitalter**  
132 Deutschland muss schneller, digitaler und vor allem bürgerfreundlicher werden, um  
133 das Aufstiegsversprechen zu verwirklichen. Seit der letzten Föderalismusreform vor  
134 12 Jahren hat die Digitalisierung viele Aufgaben und Zuständigkeiten infrage  
135 gestellt. Wir wollen mit einer neuen Expertenkommission aus Bund und Ländern und  
136 Kommunen die digitalen Prozesse neuordnen und bestehende Gesetzesinitiativen  
137 beschleunigen. Dabei ist die Einführung einer digitalen Plattform für  
138 Verwaltungsdienstleistungen ein zentraler Baustein, die Dienste gebündelt  
139 anzubieten. Der Bund baut den Appstore, die Länder und Kommunen liefern die  
140 passenden Apps. Zudem wollen wir im Rahmen der Föderalismusreform den  
141 Kommunen in der Verfassung langfristig eine weniger konjunkturenabhängige  
142 Finanzausstattung sichern.

143 **12. Digitalministerium als Behörden-Start-up**

144 Zu einer zukunftsfähigen Verwaltung gehört es, innovative Ideen zu fördern,  
145 neueste Trends zu suchen, zu analysieren und auf ihren möglichen Einsatz hin zu  
146 prüfen. Daher muss das neue Digitalministerium auf Bundesebene raus aus der  
147 üblichen Behördenstruktur. Durch agiles und projektbezogenes Arbeiten wird es  
148 zum Start-up unter den Behörden. So wollen wir die vielfältigen Herausforderungen  
149 der Digitalisierung stärker koordinieren, eine Schnittstellenfunktion herstellen und  
150 analog zum Finanzierungsvorbehalt des Finanzministeriums soll für alle Gesetze, die  
151 Digitalfragen berühren, ein Digitalvorbehalt des Digitalministeriums gelten.

152 **13. Datenschutz statt Datenblockade**

153 Ein wirkungsvoller Datenschutz mit hohen Maßstäben gehört zu einem  
154 Aufstiegsland in der digitalen Welt. Ein solches Datenschutzrecht darf aber nicht zur  
155 Datenblockade führen und Innovationen in Deutschland ausbremsen oder  
156 Unternehmen in Bürokratie ersticken lassen. Daher wollen wir diese Regelungen im  
157 deutschen Datenschutzrecht, die über die DSGVO hinausgehen, wie beispielsweise  
158 den Datenschutzbeauftragten in Kleinunternehmen, auf den Prüfstand stellen .  
159 Zudem sollen in Zukunft die Datenschutzbehörden rechtskonforme Alternativen  
160 aufzeigen müssen, statt nur Ablehnungen und Begründungen auszustellen. Dazu  
161 werden wir insbesondere Unternehmen mit mehreren Standorten und Kunden in  
162 verschiedenen Bundesländern bei der Datenschutzprüfung ein Wahlrecht zwischen  
163 der Landes- und den Bundesdatenschutzbeauftragten ermöglichen.

164 **14. Amtszeitbegrenzung des Bundeskanzlers auf drei Amtsperioden**

165 Der Aufstieg Deutschlands geht auch mit einem stetigen Wettbewerb der besten  
166 Ideen und Köpfe an der Spitze der Bundesrepublik einher. Mit einem klaren Signal  
167 für eine zeitliche Begrenzung von Macht werden wir die Amtszeit des  
168 Bundeskanzlers auf drei Legislaturperioden beschränken.

169 **Aufstieg mit einer lebenswerten Umwelt**

170 **15. Ein CO2-Preis für Europa**

171 Der Ausbau von erneuerbaren Energien, insbesondere von Solar- und  
172 Photovoltaikanlagen, muss schneller vorangetrieben werden, ohne dabei den  
173 Verbraucher weiter zu belasten. Wir werden die Bürger an grünen Investitionen  
174 beteiligen, statt sie mit der EEG-Umlage immer weiter zu belasten. Deshalb schaffen  
175 wir die Stromsteuer ab. Zudem müssen wir für einen schnelleren Ausbau endlich das  
176 Verbandsklagerecht abschaffen und das Planungsrecht für bauliche Anlagen  
177 beschleunigen. Bis wir vollständig auf erneuerbare Energien umsteigen können,  
178 sollen Übergangstechnologien, wie beispielsweise Gaskraftwerke intensiv gefördert  
179 und später zu Speicherkraftwerken umgebaut werden. So spart man Ressourcen,  
180 Kosten und sichert Arbeitsplätze. Wir sind der festen Überzeugung, dass CO2 auch

181 in den Sektoren Wärme, Verkehr, Landwirtschaft und Seeschifffahrt ein Preisschild  
182 über den EU-weiten Emissionsrechtehandel bekommen muss. Unternehmen können  
183 dann selbst entscheiden, wie viele CO2-Zertifikate sie kaufen und an welchen Stellen  
184 sie am leichtesten CO2 einsparen. Wenn nicht alle EU-Mitgliedstaaten mitmachen  
185 wollen, muss Deutschland eine „Koalition der Willigen“ initiieren und  
186 voranschreiten.

### 187 **16. 1,5 Grad-Ziel**

188 Der Aufstieg unseres Kontinents wird nur im Einklang mit einer lebenswerten  
189 Umwelt erfolgreich sein. Wir bekennen uns daher zum 1,5-Grad-Ziel und wollen in  
190 Europa eine klimaneutrale Wirtschaftsunion aufbauen. Dafür muss der Ausstoß von  
191 Treibhausgasen bis 2030 mindestens um 60 Prozent im Vergleich zu 1990 sinken.  
192 Dafür brauchen wir eine industriepolitische Strategie, die Klimaneutralität und die  
193 Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts gleichermaßen fördert. Wir setzen dabei  
194 auf Innovationen statt Verbote und wollen Wasserstoff für die Energieversorgung  
195 und die Mobilität der Zukunft nutzen. Für neue Mobilitätsanreize schaffen wir vor  
196 einer perspektivischen Vergünstigung der Ticketpreise den nötigen  
197 Infrastrukturausbau zur Attraktivitätssteigerung der Angebote und Erhöhung der  
198 Nutzer mit Verkehrsmitteln des Umweltverbundes (Fahrrad, ÖPNV). Wir  
199 unterstützen für Verkehre in Gewerbegebiete unternehmerische Anreize im Rahmen  
200 des Transport Development District-Modells und wollen statt Kurzstreckenflüge  
201 künftig Flugtaxen nutzen.

### 202 **17. Regionalzertifikat für Lebensmittel**

203 Den Aufstieg mit gesunden Lebensmitteln sehen wir vor allem in der regionalen  
204 Wertschöpfung. Dem Bauern um die Ecke, den ich kenne, vertraue ich. Darum  
205 werden wir ein neues, unbürokratisches Zertifikat einführen, welches Lebensmittel  
206 aus der Region mit einem Umkreis von 100 km kennzeichnet. Regional heißt für uns  
207 dabei, dass mindestens 50 Prozent der Wertschöpfung in der Region liegen müssen.  
208 Dabei wollen wir sowohl die EU-Wertschöpfung als auch die lokale Wertschöpfung  
209 berücksichtigen.

## 210 **Aufstieg mit starken Familien**

### 211 **18. Weiterentwicklung Ehegattensplitting zu Familiensplitting**

212 Der Aufstieg Deutschlands ist nur mit einer stärkeren Förderung für Kindern  
213 möglich. Die Ehe ist auch in Zukunft die Keimzelle der Familie. Familie ist vor allem  
214 da, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. An diesem Grundsatz  
215 orientieren wir uns bei der Reform des Ehegattensplittings hin zu einem  
216 Familiensplitting. Dafür soll in Zukunft alternativ zum bisherigen Splitting ein  
217 Ehegattenfreibetrag sowie ein neuer, deutlich höherer Familienfreibetrag, der sich  
218 pro Kind erhöht, eingeführt werden. Der Kinderfreibetrag bleibt erhalten. Zwischen  
219 den Alternativen findet eine Günstigerprüfung statt.



220 **19. Gesetzlicher Anspruch auf zehn Tage bezahlte Familienzeit**  
221 Nur gemeinsam als Familie gelingt der Aufstieg. Frauen haben Anspruch auf 14  
222 Wochen Mutterschutzfrist, bei dem 100 Prozent des bisherigen Einkommens gezahlt  
223 werden. Neben dem Elterngeld ist ein zehntägiger Vaterschaftsschutz ein wichtiger  
224 Schutz und Anreiz für Väter, sich nach der Geburt zu beteiligen, um Mutter und Kind  
225 zu unterstützen.

## 226 **Aufstieg mit einem generationengerechten Sozialstaat**

227 **20. Koppelung des Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung**  
228 Teil eines Aufstiegsversprechens ist auch eine längere Lebenserwartung. Unser  
229 Rentensystem muss damit Schritt halten, um zukunftsfest zu bleiben. Wir fordern,  
230 die Entwicklung des Renteneintrittsalter an die Entwicklung der Lebenserwartung  
231 zu koppeln. Dafür muss sich das Renteneintrittsalter dynamisch an die steigende  
232 Lebenserwartung anpassen. Ein Drittel der durchschnittlich gestiegenen  
233 Lebenserwartung soll automatisch zu Arbeitszeit werden. Zudem wollen wir in der  
234 gesetzlichen Rentenversicherung zukünftig nicht mehr ausschließlich auf ein reines  
235 Umlagesystem setzen, sondern in ein Mischsystem umwandeln, das auch durch eine  
236 kapitalgedeckte Komponente ergänzt wird.

237 **21. Portabilität für die betriebliche Altersvorsorge**  
238 Während die Arbeitswelt in den letzten Jahren schneller und flexibler geworden ist,  
239 fehlen bei der betrieblichen Vorsorge lukrative Sparmethoden für Arbeitnehmer.  
240 Insbesondere fehlt es für Arbeitnehmer bei einem Arbeitsplatzverlust oder -wechsel  
241 an der vollständigen Portabilität der erworbenen Anwartschaften. Daher fordern wir,  
242 vor Steuer- und Sozialabgaben sollen kostengünstig ertragreiche Anlagen -  
243 beispielsweise ETFs - bespart und ohne Wenn und Aber abschlagsfrei zum nächsten  
244 Arbeitgeber mitgenommen werden können. Dabei gilt es eine Wahlfreiheit bei der  
245 Beitragsgarantie für den Sparer zu gewährleisten. Gerade langfristige Anlagen  
246 müssen ohne diese ermöglicht werden.

247 **22. Sozialstaatsbremse bei Überschuldung**  
248 Der Sozialstaat ist Teil unseres Aufstiegsversprechens. Wir helfen als Gemeinschaft  
249 denjenigen, die sich nicht selbst helfen können. Gleichzeitig kann unser Land nur  
250 wettbewerbsfähig bleiben und Aufstieg ermöglichen, wenn die Last der  
251 Staatsschulden gerade für unsere Generation nicht erdrückend wird. In den  
252 vergangenen Jahren wurden immer mehr und höhere staatliche Sozialleistungen  
253 eingeführt. Der Anteil der Sozialausgaben im Bundeshaushalt steigt immer weiter.  
254 Wir fordern daher eine Sozialstaatsbremse, bis die Staatsverschuldung gemessen am  
255 Bruttoinlandsprodukt auf 60 Prozent gesenkt wurde. Bis dahin dürfen keine neuen,  
256 durch Steuern finanzierten Sozialausgaben eingeführt werden.



## 257 Aufstieg mit einem klaren Bekenntnis zu Deutschland und Europa

### 258 **23. Integrationsbekenntnis**

259 Wer seine Fähigkeiten und Ideen in unsere Gesellschaft einbringen will, den fördern  
260 wir. In Zukunft wird es mehr Fachkräfte in Deutschland brauchen, die hier eine  
261 Ausbildung absolvieren oder ihre bereits erworbenen Fähigkeiten einbringen. Dafür  
262 brauchen wir eine starke Gemeinschaft und den Willen eines jeden Einzelnen etwas  
263 zu erreichen. Zu diesem Aufstieg und der Integration in unsere Gesellschaft braucht  
264 es am Ende eines Prozesses auch ein klares Bekenntnis zu unserem Land und unseren  
265 Wertvorstellungen. Wer ehrenamtlichen oder langfristigen Freiwilligendienst  
266 leistet, soll bei der Integrationsleistung positiv anerkannt werden. Deshalb fordern  
267 wir die Wiedereinführung der Befreiung von der Optionspflicht, damit in Zukunft die  
268 Entscheidung zur Regel wird.

### 269 **24. Freihandelsabkommen mit den Demokratien der Welt**

270 Freier Handel ist ein Garant für den wirtschaftlichen Aufstieg weltweit.  
271 Handelspolitik ist aber längst ein Teil strategischer Außenpolitik geworden. Wir  
272 wollen der neuen pazifischen Freihandelszone unter chinesischer Führung einen  
273 demokratischen, freiheitlichen und nachhaltigen Wirtschaftsraum entgegensetzen.  
274 Deshalb werden wir ein Freihandelsabkommen auch auf der Grundlage  
275 gemeinsamer Umwelt- und Sozialstandards mit allen Demokratien der Welt  
276 initiieren.

### 277 **25. Europa-Interrail-Ticket für alle 18-Jährigen**

278 Auch 36 Jahre nach seinem Beschluss ist das Schengen-Abkommen ein Versprechen  
279 für Freiheit und Aufstieg an alle Europäer. Die ersten Schritte dazu sind Austausch  
280 und das Erfahren der europäischen Vielfalt. Wir wollen, dass jeder junge Europäer  
281 mit seinem 18. Geburtstag einmalig ein Interrail-Ticket erhält, um ein Europa zu  
282 entdecken. Diese Erfahrung geht über Städtetrips hinaus und macht die Kulturen  
283 und Menschen erlebbar. Sollte eine Umsetzung auf europäischer Ebene ausbleiben,  
284 werden wir als Deutschland hier den ersten Zug machen.

### 285 **26. Hyperloop-Förderung zur Vernetzung Europas**

286 Deutschland fungiert schon heute als Mobilitätsdrehzscheibe Europas. Im  
287 europäischen Geiste wollen wir die Metropolen des Kontinents mit  
288 Direktverbindungen und Hochgeschwindigkeitszügen sinnvoll vertakten. Dafür  
289 wollen wir Mittel des EU-Recovery Funds nutzen und zeigen, dass Europa  
290 zusammenwächst. Mit dem weltweit ersten Gesetz zum autonomen und vernetzten  
291 Fahren, wollen wir eine Vorreiterrolle einnehmen und als Land des Automobils den  
292 nächsten Schritt gehen. Wir werden das autonome Fahren raus aus dem  
293 Forschungslabor holen und auf die Straße bringen und fordern dazu Reallabore für  
294 das autonome Fahren und autonome Flottenangebote in jedem Landkreis.